

in kürze

**WACHSTUM DEUTSCHLAND**

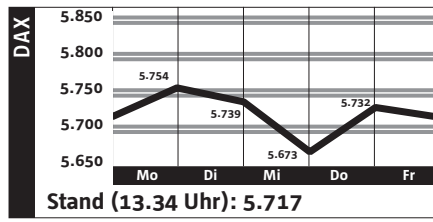
**IWF senkt Prognose**

Der Internationale Währungsfonds hat seine Wachstumsprognose für Deutschland für 2006 leicht nach unten revidiert. Er rechnet nunmehr mit einem Wirtschaftswachstum von 1,4 Prozent, so das *Handelsblatt* gestern. Im Januar war der IWF für 2006 noch von einem BIP-Wachstum Deutschlands von 1,5 Prozent ausgegangen. (dpa)

**ENERGIE IST SCHULD**

**Lebenshaltung teurer**

Die hohen Energiepreise halten die Inflation in Deutschland hartnäckig über 2 Prozent. Die für einen Privathaushalt typischen Ausgaben betragen im Februar – wie auch im Dezember und Januar – 2,1 Prozent mehr als vor einem Jahr, so die Bundesstatistiker gestern. Ohne Heizöl und Spirit betrug die Inflation lediglich 1,3 Prozent. (tr)



**DIE BÖRSE**

**Big Hope**

Die US-Arbeitsmarktdaten fielen gestern besser aus als gedacht: Im Februar wurden 243.000 neue Jobs geschaffen. Gleichzeitig legten die Reallohne mit der erwarteten Rate von 0,3 Prozent zu. Das schützte vor Inflationsängsten. Das war ein erfreulicher Mix für die Aktienmärkte. Der DAX drehte denn auch ins Plus. (dpa)

**MARKTPLATZ**

Dow Jones **10.972,28** (-33,46)  
 TecDax **50 716,66** (-1,77)  
 EuroStoxx **50 3.747,49** (-10,24)  
 Anleihen **3,58 % Rend.** (unver.)  
**1.191,9** Dollar = 1 Euro (-0,0001)  
**0,6862** Pfund = 1 Euro (+0,0004)  
**141,11** Yen = 1 Euro (+0,01)  
 Feinunze Gold **545,40** \$ (-1,85)  
 Barrel Rohöl **61,30** \$  
 Stand 15.15 Uhr, Änderung zum Vortagsfixing in Klammern, Anleihen-Renditedurchschnitt, Dow vom Vortag.

# Mein Vermieter, der Finanzjongleur

Die amerikanische Investorengruppe Fortress erwirbt den gesamten Wohnungsbesitz der Stadt Dresden. Die Bürgerbewegung „Woba erhalten“ und der Mieterbund wehrten sich vergeblich gegen den Verkauf. Den Bewohnern drohen Mieterhöhungen

## Kampagne gegen Atomkraftwerke

**SCHWERIN epd** ■ Mit Aktionen in zahlreichen deutschen Städten will der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) in den kommenden Wochen über die Gefahren der Atomkraft informieren. Zum Auftakt forderten die Umweltschützer am Freitag unter dem Motto „Nie wieder Tschernobyl – stoppt die Atomkraft“ die Abschaltung der Atomkraftwerke Biblis A und B, Neckarwestheim und Brunsbüttel. Dies seien die vier „gefährlichsten Atomkraftwerke Deutschlands“. Die Informationskampagne soll bis zum 26. April, dem 20. Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl (Ukraine), noch in 11 weiteren Städten Station machen. Mehrere Ministerpräsidenten unionsregierter Länder hatten sich zuletzt wiederholt für längere Laufzeiten der Atomkraftwerke ausgesprochen.

AUS BERLIN MAURITIUS MUCH UND SARAH STEFFEN

Matthias Moser ist Herr über ein kleines Team. Weniger als zehn Personen arbeiten für den Deutschlandchef des US-Finanzinvestors Fortress. Doch dieses Grüppchen verfügt über jede Menge Geld, um in großem Stil in den deutschen Immobilienmarkt zu investieren. Für fast 1,7 Milliarden Euro kauften sie jetzt der Stadt Dresden die Wohnungsbaugesellschaft Woba mit 48.000 Wohnungen ab.



Alles raus: Verkaufte Dresdner Wohnungen sanieren Stadtklasse – und machen Mieter nervös FOTO: AP

Aber Dresden ist nicht das erste große Immobiliengeschäft für die Investorengruppe, die 1998 in New York gegründet wurde. In den vergangenen beiden Jahren kaufte sie die Essener Wohnungsbaugesellschaft Gagah und das Wohnunternehmen Nileg aus Hannover mit insgesamt rund 130.000 Wohnungen. Das Geld stammt aus Fonds, die sich vor allem aus amerikanischen Pensionskassen speisen.

Die Immobilienkäufe sind nur ein Teil der Strategie von Fortress. „Momentan versuchen sie, in ganz Deutschland einen möglichst breit gefächerten Immobilienbesitz zu erwerben“, erklärt Andreas Pfnür, Professor für Immobilienwirtschaft an der TU Darmstadt. Die Investorengruppe wolle so ein möglichst attraktives Immobilienpaket zusammenstellen, um es in drei bis vier Jahren mit hohem Gewinn an der Börse weiterzuverkaufen.

Daneben verspricht sich Fortress nach eigenen Angaben in drei Jahren eine Rendite von 5 Prozent. An einer leichten Mieterhöhung kämen die Dresdner deshalb wohl kaum vorbei, sagt Andreas Pfnür. Ansonsten drohe den Mietern wenig Ungemach. Anders sieht das die Deutsche Mieterbund. Die Sozialcharta,

**VERKAUFT IST VERKAUFT**

Hätte sich die PDS-Linksfraktion an ihr Wahlprogramm gehalten, wäre der Verkauf der Dresdner Wohnungsgesellschaft Woba gescheitert. So aber trugen neun ihrer Stadträte zur Mehrheit von 40:29 Stimmen bei, die den Verkauf der 48.000 städtischen Wohnungen an die US-amerikanische Fortress-Fondsgesellschaft beschloss. Fortress bezahlt 1,7 Milliarden Euro – von denen netto 982 Millionen bleiben. Zudem wurde eine Sozialcharta vereinbart, nach der sich Fortress an bestimmte Kriterien hält. Jens Hoffmann von der grünen Fraktion nannte diese Charta allerdings einen „zahnlosen Tiger“ und unterstellte Teilen der PDS einen „Heuschreckensozialismus“.

SPD-Sprecher Peter Lames sagte, eine Haushaltssanierung sei auch ohne Woba-Verkauf möglich. Soarg Sachsens Innenminister Albrecht Buttulo (CDU) hatte Bedenken angemeldet, weil der kommunale Einfluss auf Stadtbau und -sanierung aufgegeben werde. Gegner und Befürworter waren sich aber darin einig, neue Schulden künftig zu vermeiden. Oberbürgermeister Ingolf Roßberg (FDP) sieht die Mieter am besten durch den Mietermarkt wegen des derzeit noch hohen Wohnungsleerstands in Dresden geschützt. Ein vom DGB initiiertes Bürgerbegehren gegen den Verkauf verfehlte allerdings mit 45.000 Unterschriften das nötige Quorum.

auf die sich die Stadt Dresden mit der Investorengruppe geeinigt hat, sei eine Mogelpackung, sagt der Direktor des Mieterbundes, Franz-Georg Rips. Die Charta soll etwa Luxussanierungen verbieten und Mieterhöhungen auf jährlich 3 Prozent plus Inflationsausgleich begrenzen. Doch die Tücke steckt im Detail: Die Mieterhöhungsbegrenzungen bezogen sich nämlich auf den Gesamtdurchschnitt aller Woba-Wohnungen und nicht auf die einzelnen Wohnungen, sagt Rips. Das heißt, einzelne Mieter dürfen doch Erhöhungen bis zu den rechtlich erlaubten 20 Prozent erhalten. So machte es 2005 Gagah in Stuttgart. Da Fortress auf Rendite angewiesen ist, müsse der Konzern die Mieten erhöhen und Wohnungen verkaufen. Rips befürchtet, dass weniger in das Wohnumfeld investiert wird.

„Ein ganzes Stück Stadt wurde verkauft“, sagt André Schnabel, der Geschäftsführer der Bürgerinitiative „Woba erhalten“. Dadurch habe die Stadt später bei der Stadtplanung das Nachsehen. Und ohne die Woba versiegt auch eine wichtige Einnahmequelle, kamen so doch jährlich 10 Millionen Euro in die Stadtkasse. Damit habe man sukzessive bezogen sich nämlich auf den Gesamtdurchschnitt aller Woba-Wohnungen und nicht auf die einzelnen Wohnungen, sagt Rips. Das heißt, einzelne Mieter dürfen doch Erhöhungen bis zu den rechtlich erlaubten 20 Prozent erhalten. So machte es 2005 Gagah in Stuttgart. Da Fortress auf Rendite angewiesen ist, müsse der Konzern die Mieten erhöhen und Wohnungen verkaufen. Rips befürchtet, dass weniger in das Wohnumfeld investiert wird.

Die Angst vor Mieterhöhungen ist bei vielen Bürgern geblieben – trotz der Sozialcharta. Doch anders als in Stuttgart gibt es in Dresden einen Ausweg: Man sucht sich einfach eine andere Wohnung mit einem neuen Vermieter. Bei 40.000 leeren Wohnungen kein Problem.

## EU akzeptiert US-Kunstweine

**BRÜSSEL dpa** ■ Europas Verbraucher können bald „Kunstweine“ aus den USA in den Geschäften kaufen. Nach 20 Jahren Verhandlungen unterzeichneten die Europäische Union und die USA ein Abkommen, das die gegenseitige Anerkennung von Verfahren bei der Weinherstellung regelt. Laut EU-Kommission bringt das Abkommen für Europa Weinbaunationen wie Frankreich und Italien Vorteile. Die jährlichen Ausfuhren in die USA haben einen Wert von mehr als zwei Milliarden Euro und machen zwei Fünftel aller Exporte aus. Das US-Weinrecht gestattet den Winzern etwa, die teure Lagerung im Eichenfass zu umgehen, indem zur Anreicherung der Tannine edlere Holzchips in die Stahltanks kommen. Zudem dürfen sie die Weine fraktionieren und beliebig mit Aromen wieder zusammenmischen.

# Brüssel überlässt Koexistenz den Ländern

EU-Kommission sieht Gefahren beim Mischbau von Gentechnik- und anderen Pflanzen. Regeln aufstellen will sie nicht

**BERLIN taz** ■ In der Europäischen Union gibt es kein Recht auf gentechnikfreie Regionen. Kein Mitgliedsstaat dürfe „ungeheftete Barrieren“ gegen den Anbau von Gentechnik-Pflanzen aufstellen, betont die EU-Kommission in einem Bericht zur „Koexistenz gentechnisch veränderter, konventioneller und ökologischer Kulturen“. Entgegen früherer Aussagen will die Kommission aber vorerst keine EU-weiten Regeln für dieses Nebeneinander von Gentechnik- und herkömmlichen Pflanzen vorlegen. Nun obliegt die Regelung zunächst den Mitgliedsstaaten.

„Abwarten und Kontaminieren“, nennt die Umweltschutzorganisation Friends of the Earth diese Strategie. Mit ihrem Nichthandeln sorge die Kommission dafür, dass ein gentechnikfreier Anbau unmöglich werde – noch bevor es überhaupt zu EU-Regelungen komme. Obwohl die Kommission die Mitgliedsstaaten schon 2003 aufgefordert hat, die Koexistenz na-

tional zu regeln, haben das bislang nur vier EU-Länder getan: Dänemark, Deutschland, Portugal und zum Teil Österreich. Die Kommission macht es den Regierungen auch nicht einfach: Landwirte, die keine gentechnisch veränderten Kulturen anbauen, sollen davor geschützt werden, dass ihre Pflanzen von manipulierten Organismen kontaminiert werden – aber nicht zu sehr: Sind Gentechnik-Pflanzen nach EU-Recht zugelassen, darf beispielsweise kein Mitgliedsstaat den Anbau verhindern. Auch wenn die nationalen Hürden für den Anbau zu hoch sind, reagiert die EU-Kommission. So mussten in Österreich das Bun-

desland Oberösterreich und Salzburg auf Brüsseler Druck ihre Pläne wieder einstampfen, ein generelles Anbauverbot für Gentechnik-Pflanzen zu erlassen. Slowenien wurde untersagt, nur gentechnikfreie produzierende Landwirte zu unterstützen. Auch Italien wurde verwahrt. Dort ist nämlich der kommerzielle Anbau von Gentechnik-Pflanzen so lange untersagt, bis die Provinzen eigene Koexistenzregelungen verabschiedet haben.

Nächster Kandidat auf der Mahnliste der EU-Kommission wird vermutlich wieder Österreich sein. Denn der von Oberösterreich vorgelegte neue Gesetzentwurf sieht vor, dass die zugelassenen Gentechnik-Pflanzen nur angebaut werden dürfen, wenn eine Haftpflichtversicherung für den Fall von Gentechnik-Kontaminationen abgeschlossen wurde. Bisher jedoch gibt es in der EU keine solche Versicherung. Die Schadenssummen seien nicht abwägbare, heißt es bei den Unternehmen. WOLFGANG LÖHR

**DIE DOPPELTE WAHRHEIT**

Ralf Sotscheck (taz-Irland-Korrespondent) und Wiglaf Droste (Wahrheit-Kolumnist) lesen, was das Zeug hält, aus ihren neuen Büchern „Der gläserne Trinker“ und „Kafkas Affe stampft den Blues“ (beide Edition Tiamat):

- Samstag, 11. März, Hamburg, Schauspielhaus/Malersaal
- Sonntag, 12. März, Osnabrück, HdJ
- Dienstag, 14. März, Stuttgart, Schocken
- Mittwoch, 15. März, Speyer, Historischer Ratssaal
- Donnerstag, 16. März, Mainz, Schick und Schön
- Freitag, 17. März, Leipzig, Schaubühne Lindenfels
- Samstag, 18. März, Torgau, Kulturbastion
- Sonntag, 19. März, Berlin, Festsaal Kreuzberg

Eintrittskarten gibt es bei den örtlichen Vorverkaufskassen

PRÄSENTIERT VON die tageszeitung

**BUNDES-RAT WINKT GENTECHNIKGESETZ DURCH**

In Deutschland hat der Bundesrat hat am Freitag ein neues Gentechnikgesetz beschlossen. Die Novelle, der der Bundestag bereits zugestimmt hat, regelt die Kennzeichnung gentechnisch veränderter Pflanzen und die Einrichtung eines öffentlich zugänglichen Standortregisters. Damit wird eine fünf Jahre alte EU-Richtlinie verspätet umgesetzt. Die EU-Kommission hatte bereits damit gedroht, dass Deutschland bis zu 800.000 Euro pro Verzugstag als

Strafe zahlen müsse. Der Bundesrat verlangte jedoch ein weiter gehendes Gesetz. Er forderte die Bundesregierung auf, „das Gentechnikgesetz so zu novellieren, dass Forschung und Anwendung der Gentechnik gefördert werden“. Zugleich müsse die Wahlfreiheit des Gen-Anbaus gewährleistet sein. Große Bedenken gegen einen solchen Abbau von Schutzregeln gibt es bei Umweltverbänden, den Grünen, der Linkspartei und Teilen der SPD.